

> Frist gestrichen

Bundesregierung bremst barrierefreien ÖPNV aus

> Verena Bentele

Was haben Gelsenkirchen-Zoo und Fürstenberg (Havel) gemeinsam? Die Bahnhöfe der beiden Orte sind nicht barrierefrei. Als Rollstuhlfahrer*in kommt man in Fürstenberg zwar zu Gleis eins, aber nicht zu Gleis zwei – hier fehlen Fahrstühle. Und blinde Menschen in Gelsenkirchen-Zoo können sich auf dem Weg zum Gleis nur bis zur Treppe auf ein Leitsystem verlassen – oberhalb der Stufen fehlen die entsprechenden Markierungen im Boden.

Die beiden Bahnhöfe sind nur zwei von unzähligen Beispielen in Deutschland. Wie viele genau nicht barrierefrei sind, ist schwer zu sagen. Zum einen fehlen belastbare Zahlen, zum anderen wird beim „barrierefreien Ausbau“ zu oft nur an Menschen mit Gehbehinderung gedacht. Doch Fahrstühle, abgesenkte Bordsteine und Rampen reichen nicht aus, damit wirklich alle Menschen selbstbestimmt reisen können. Seheingeschränkte und Blinde brauchen tastbare Leitsysteme, kontrastreiche Schilder und brauchbare Ansagen. Ein-, Um- und Ausstiegshilfen müssen jederzeit verfügbar sein. Zu oft fehlt es Auftraggebern an Detailwissen, wie Barrierefreiheit für alle tatsächlich aussieht. Das gilt übrigens nicht nur für Bahnhöfe, sondern auch für Bus- und Stadtbahnhaltestellen.

Rund 20 Prozent aller Verkehrsteilnehmer*innen sind auf Barrierefreiheit angewiesen. Und noch viel mehr Menschen würde Barrierefreiheit das Leben enorm erleichtern. Denken wir nur an Familien mit Kinderwagen, Reisende mit schwerem Gepäck, Fahrradfahrende oder Kranke mit Gehhilfe. Angesichts dieser Dimension ist es völlig unverständlich, warum Barrierefreiheit seitens der Politik immer wieder hintenan-

gestellt wird – und nicht nur das, jetzt wird sie sogar noch ausgebremst. Mit dem Gesetz zum Bürokratieabbau im Verkehrsbereich will die Bundesregierung die Frist im Personenbeförderungsgesetz streichen, die festlegt, bis wann der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in Deutschland barrierefrei sein soll. Darauf hat sich das Kabinett bereits geeinigt, das Gesetz muss aber noch vom Bundestag beschlossen werden. Zwar war diese Frist 2022 ausgelaufen, aber sie ganz zu streichen, ist ein fatales Zeichen. Die Bundesregierung gibt damit ein gesetzlich verbrieftes Recht faktisch auf und riskiert damit, dass Millionen Menschen im Stich gelassen werden.

Damit der ÖPNV in Deutschland barrierefrei wird, brauchen wir rechtliche Anpassungen, finanzielle Anstrengungen, klare Zuständigkeiten und verbindliche Umsetzungspläne. Neben strengeren Regelungen muss ein zweckgebundenes Förderprogramm des Bundes her, um Länder und Kommunen bei der Umsetzung zu unterstützen. Denn zu oft scheitern Vorhaben am Geld.

Barrierefreiheit schützt Menschen mit Behinderung vor Diskriminierung, ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben, verbindet Stadt und Land, fördert das klimafreundliche Reisen, hilft Älteren und Familien. Ein ÖPNV, den alle nutzen können, nützt allen.

> Verena Bentele ist Präsidentin des Sozialverband VdK Deutschland.



Foto: Marlene Gawrisch